Niederschrift
über die 29. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr
am **Mittwoch, 20. Februar 2019, 17:00 Uhr**
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder
Dominique Kalb, Vorsitzender, CDU
Eva Koch, 2. stellvertretende Vorsitzende, B90/Grüne
Judith-Annette Boczkowski, Mitglied, SPD
Dietmar Bürger, Mitglied, SPD
Hermann Hartig, Mitglied, SPD (Vertretung für Sascha Gröling)
Mario Lang, Mitglied, SPD
Wolfram Kieselbach, Mitglied, CDU
Steffen Müller, Mitglied, B90/Grüne
Gerhard Schenk, Mitglied, AfD
Violetta Bock, Mitglied, Kasseler Linke
Matthias Nölke, Mitglied, FDP

Teilnehmer mit beratender Stimme
Heinz Gunter Drubel, Vertreter des Seniorenbeirates

Magistrat
Dirk Stochla, Stadtrat, SPD
Christof Nolda, Stadtbaurat, B90/Grüne

Schriftführung
Sabine John, Hauptamt - Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:
Sven René Dreyer, Mitglied, AfD
Jörg Hildebrandt, Mitglied, CDU
Helmut Ernst, Vertreter des Behindertenbeirates

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen
Carsten Menke, Umwelt- und Gartenamt
Dr. Georg Förster, Straßenverkehrs- und Tiefbauamt
Anne Grimm, Straßenverkehrs- und Tiefbauamt
Volker Mohr, Stadtplanung, Bauaufsicht und Denkmalschutz
Maik Bock, Radentscheid
Jürgen Vöckel, ADFC
Kai Georg Bachmann, Zweckverband Raum Kassel

Tagesordnung:

1.	**Wahl einer Schriftführerin**	
2.	**Vorstellung Konzept Raddirektrouten**	101.18.1050
3.	**Vorhabenbezogener Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. II/14 "Lidl-Markt Kohlenstraße" (Offenlegung)**	101.18.1162
4.	**Vorhabenbezogener Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. II/16 „Dörnbergstraße 18/ehemalige Wäscherei" (Aufstellungs- und Offenlegungsbeschluss)**	101.18.1163
5.	**Städtebaulicher Vertrag zum Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. III/67 „Landgraf-Karl-Straße", 1. Änderung**	101.18.1177
6.	**Grundstücksverkäufe Langes Feld**	101.18.1166
7.	**Machbarkeitsstudien 2014-2018**	101.18.1170
8.	**Einsatz von Seitenabstandswarnern / Abbiegeassistenten bei KVG-Bussen**	101.18.1181
9.	**Städtische Kurierfahrten mit Lasten-(fahrrädern)**	101.18.1182
10.	**KVG-Netzreform - Fahrplananpassungen der KVG zum Fahrplanwechsel Dezember 2018**	101.18.1183
11.	**Verkehrswende aus kommunaler Sicht**	101.18.1184
12.	**Sanierung Herkules-Wartburg-Radweg**	101.18.1191
13.	**Zielkostenmanagement bei öffentlichen Bauprojekten**	101.18.1192
14.	**Baugenehmigungen**	101.18.1193
15.	**Günstiger Wohnraum und städtebauliche Qualität sichern**	101.18.1211
16.	**Fakten zum Radentscheid Kassel**	101.18.1212
17.	**Fernbusbahnhof**	101.18.1218

Vorsitzender Kalb eröffnet die mit der Einladung vom 13. Februar 2019 ordnungsgemäß einberufene 29. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Vorsitzender Kalb teilt mit, dass die Tagesordnung um den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst betr. Fernbusbahnhof, 101.18.1218, erweitert werden soll. Der gemeinsame Antrag liegt als Tischvorlage vor.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst gemäß § 10 (6) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung Kassel (2/3-Mehrheit) bei
Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, AfD
Ablehnung: FDP+FW+Piraten
Enthaltung: Kasseler Linke
den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag auf Erweiterung der Tagesordnung um den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst betr. Fernbusbahnhof, 101.18.1218, wird **zugestimmt**.

Der gemeinsame Antrag wird als Tagesordnungspunkt 17 angefügt.

Stadtrat Stochla teilt mit, dass er den Tagesordnungspunkt 11 betr. Verkehrswende aus kommunaler Sicht, 101.18.1184, und den Tagesordnungspunkt 16 betr. Fakten zum Radentscheid Kassel, 101.18.1212, in der Kürze der Zeit in der heutigen Sitzung nicht abschließend beantworten kann.

Mit Einverständnis der Antrag stellenden Fraktionen stellt Vorsitzender Kalb fest, dass die Tagesordnungspunkte 11 und 16 heute von der Tagesordnung abgesetzt und für die nächste Sitzung vorgemerkt werden.

Vorsitzender Kalb stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

1. Wahl einer Schriftführerin

Vorsitzender Kalb schlägt Frau Sabine John, Hauptamt, Büro der Stadtverordnetenversammlung, zur Wahl als Schriftführerin vor.
Die Wahl wird per Handaufheben durchgeführt.

Wahlvorschlag

Sabine John, Hauptamt

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr wählt einstimmig
Frau Sabine John
zur Schriftführerin.

Frau John nimmt die Wahl an.

2. Vorstellung Konzept Raddirektrouten
Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 26. November 2018
Bericht des Magistrats
-101.18.1050-

Beschluss

Der Magistrat wird gebeten, das im Auftrag des Zweckverbandes Raum Kassel erstellte Konzept für Raddirektverbindungen vom Umland in die Stadt Kassel nach der Vorstellung in den Gremien des Zweckverbandes in einer Sitzung des Ausschusses vorstellen zu lassen. Besonderes Augenmerk soll dabei auf der Präsentation der vorgeschlagenen Routenführung im Kasseler Stadtgebiet liegen.

Stadtrat Stochla erläutert das Thema und gibt das Wort an den Verbandsdirektor des Zweckverbandes Raum Kassel, Herrn Kai Georg Bachmann. Herr Bachmann stellt im Rahmen einer PowerPointPräsentation das Konzept Raddirektrouten vom Umland in die Stadt Kassel und Routenführungen im Kasseler Stadtgebiet vor. Im Anschluss beantwortet er Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Bericht des Magistrats wird zur Kenntnis genommen.

3. Vorhabenbezogener Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. II/14 "Lidl-Markt Kohlenstraße" (Offenlegung)
Vorlage des Magistrats
- 101.18.1162 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes der Stadt Kassel Nr. II/14 „Lidl-Markt Kohlenstraße" wird zugestimmt. Er soll gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch öffentlich ausgelegt werden. Das Bebauungsplanverfahren wird beschleunigt nach § 13a Baugesetzbuch durchgeführt.

Der Geltungsbereich umfasst die Flurstücke 154/3, 1074/152 und 496/147 der Flur 3, Gemarkung Wehlheiden und wird begrenzt im Norden durch die Kohlenstraße, im Süden durch einen kurzen Abschnitt der Straße Am Heimbach sowie durch bebaute Grundstücke (Altenwohnheim, Wohnbebauung), im Osten vorwiegend durch eine Wohnbebauung und im Westen grenzen großflächige Gewerbenutzungen an."

Stadtbaurat Nolda beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

In der sich anschließenden Diskussion beantragt Stadtverordneter Kieselbach, CDU-Fraktion, Satz 1 einzeln abzustimmen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei
Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, AfD, FDP+FW+Piraten
Ablehnung: Kasseler Linke
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Satz 1 des Antrags des Magistrats betr. Vorhabenbezogenen Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. II/14 „Lidl-Markt Kohlenstraße“ (Offenlegung), 101.18.1162, wird **zugestimmt.**

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, AfD, Kasseler Linke, FDP+FW+Piraten
Ablehnung: CDU
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Ab **Satz 2 bis 4** des Antrags des Magistrats betr. Vorhabenbezogenen Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. II/14 „Lidl-Markt Kohlenstraße“ (Offenlegung), 101.18.1162, 101.18.1162, wird **zugestimmt.**

Stadtverordnete Bock, Fraktion Kasseler Linke, bringt folgenden Änderungsantrag ein und begründet diesen.

- **Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes der Stadt Kassel Nr. II/14 „Lidl-Markt Kohlenstraße“ wird **in den folgenden Punkten geändert**:

- **Die Verkaufsfläche wird auf maximal 850 qm festgesetzt, die Nebenflächen für den Einzelhandel auf 280 qm**
- **Die Geschosszahl wird auf mindestens 3 und maximal 4 Geschosse festgesetzt**

Der sonstige Beschlusstext bleibt unverändert.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, AfD, FDP+FW+Piraten
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke zum Antrag des Magistrats betr. Vorhabenbezogener Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. II/14 “Lidl-Markt Kohlenstraße“ (Offenlegung), 101.18.1162, wird **abgelehnt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Lang

4. Vorhabenbezogener Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. II/16 „Dörnbergstraße 18/ehemalige Wäscherei“ (Aufstellungs- und Offenlegungsbeschluss)
Vorlage des Magistrats
- 101.18.1163 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Für die Flurstücke 13/7 und 97/3 aus Flur 1 der Gemarkung Wehlheiden soll der vorhabenbezogene Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. II/16 ‚Dörnbergstraße 18/ehemalige Wäscherei‘ gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. § 30 Abs. 2 BauGB aufgestellt werden. Das Bebauungsplanverfahren soll beschleunigt nach § 13a BauGB durchgeführt werden. Ziel und Zweck der Planung ist es, die planungsrechtlichen

Voraussetzungen für die Baulückenschließung durch ein Wohngebäude in der Dörnbergstraße 18 sowie die Umnutzung und Aufstockung des bestehenden, denkmalgeschützten Gebäudekomplexes der ehemaligen Wäscherei im Blockinnenbereich in Wohn- und gewerbliche Nutzungen sowie für ein weiteres Gebäude (Punkthaus) gegenüber der ehemaligen Wäscherei zu schaffen. Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans der Stadt Kassel Nr. II/16 ‚Dörnbergstraße 18/ehemalige Wäscherei' wird für die Dauer eines Monats gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt."

Stadtbaurat Nolda beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Vorhabenbezogener Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. II/16 „Dörnbergstraße 18/ehemalige Wäscherei" (Aufstellungs- und Offenlegungsbeschluss), 101.18.1163, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Kieselbach

5. Städtebaulicher Vertrag zum Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. III/67 „Landgraf-Karl-Straße", 1. Änderung
Vorlage des Magistrats
- 101.18.1177 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Dem Abschluss des Städtebaulichen Vertrags nach § 11 Baugesetzbuch (BauGB) zum Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. III/67 „Landgraf-Karl-Straße", 1. Änderung zwischen dem Investor bdks Baunataler Diakonie Kassel e. V., vertreten durch den Vorstand Herrn Michael Conzelmann und der Stadt Kassel wird zugestimmt."

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Städtebaulicher Vertrag zum Bebauungsplan der Stadt Kassel Nr. III/67 „Landgraf-Karl-Straße“, 1. Änderung, 101.18.1177, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Müller

6. Grundstücksverkäufe Langes Feld
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
- 101.18.1166 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele m² Grundstück wurden im Langen Feld bisher verkauft?
2. Wie viele Betriebe haben bisher ein Grundstück gekauft?
3. In wie vielen Fällen handelt es sich um Betriebe, die bereits in Kassel und Umgebung ansässig waren?
4. Wie viele davon sind Industriebetriebe?
5. Wie viele Arbeitsplätze sind dadurch *neu* entstanden?
6. Wie viele Anfragen von Betrieben gibt es derzeit?
7. Wie viele Interessenten sind bereits in Kassel und Umgebung ansässig?
8. Wie viele Interessenten sind Industriebetriebe?
9. Aus welchen Branchen stammen die Interessenten, für deren Ansiedlung ein IG notwendig ist?
10. Für wann ist die Erschließung des dritten Bauabschnitts vorgesehen?
11. Wann und wie ist mit der Erschließung durch den öffentlichen Nahverkehr zu rechnen?

Stadtbaurat Nolda erklärt, dass die Fragen dezernatsübergreifend sind und noch nicht alle Antworten vorliegen.

Die Fragen 1 bis 9 sollen im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen beantwortet werden.

Vorsitzender Kalb erklärt, dass Anfragen grundsätzlich vollständig in dem Ausschuss beantwortet werden sollen, in welchen sie durch den Stadtverordnetenvorsteher zur Behandlung überwiesen wurden.

Der Verweis auf fachliche Zuständigkeiten der Dezernenten ist nicht maßgebend, da diese Zuständigkeiten lediglich die innere Geschäftsverteilung des Magistrats widerspiegeln, welche der Geschäftsverteilungskompetenz des Oberbürgermeisters unterliegt. Im Ausschuss vertreten die Mitglieder des Magistrats nicht ihre Ressorts, sondern den Magistrat als Kollektivorgan. Bei Bedarf müssten sich die im Ausschuss anwesenden Magistratsmitglieder aus anderen Dezernaten zuarbeiten lassen. Da die vorliegende Anfrage bereits einmal geschoben wurde, sei dafür auch genügend Zeit gewesen.

Stadtrat Stochla beantwortet die Fragen 10 und 11. Die Beantwortung wird der Niederschrift beigefügt.

Nach Beantwortung der Fragen 10 und 11 durch Stadtrat Stochla erklärt Vorsitzender Kalb die Anfrage als nicht erledigt.

7. Machbarkeitsstudien 2014-2018
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.18.1170 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche Konzepte bzw. Machbarkeitsstudien hat der Magistrat im Zeitraum 2014-2018 in Auftrag gegeben?
2. Wie hoch sind die Kosten hierfür gewesen?
3. Was wurde von den Ergebnissen umgesetzt bzw. realisiert?

Stadtbaurat Nolda beantwortet die Fragen aus der Anfrage. Die schriftliche Beantwortung wird der Niederschrift beigefügt.

Nach Beantwortung durch Stadtbaurat Nolda erklärt Vorsitzender Kalb die Anfrage für erledigt.

8. Einsatz von Seitenabstandswarnern / Abbiegeassistenten bei KVG-Bussen
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst
- 101.18.1181 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, sicherzustellen, dass bei kommenden Ausschreibungen der KVG zur Beschaffung neuer Busse eine Ausrüstung mit Seitenabstandswarnern / Abbiegeassistenten als verpflichtender Ausschreibungsbestandteil enthalten ist.

Stadtverordnete Koch, Fraktion B90/Grüne, begründet den Antrag.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst betr. Einsatz von Seitenabstandswarnern / Abbiegeassistenten bei KVG-Bussen, 101.18.1181, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Schenk

9. Städtische Kurierfahrten mit Lasten-(fahrrädern)
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst
- 101.18.1182 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob Kurierfahrten im städtischen Auftrag auf Fahrradkuriere inklusive Lastenfahrräder umgestellt werden können.

Stadtverordnete Koch, Fraktion B90/Grüne, begründet den Antrag.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, AfD, Kasseler Linke, FDP+FW+Piraten
Ablehnung: CDU
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst betr. Städtische Kurierfahrten mit Lasten-(fahrrädern), 101.18.1182, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Bock

10. KVG-Netzreform - Fahrplananpassungen der KVG zum Fahrplanwechsel Dezember 2018
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst
- 101.18.1183 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, die im Dezember 2018 erfolgten Fahrplananpassungen der KVG sowie zukünftig beabsichtigte Maßnahmen in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr vorzustellen. Dabei soll auch dargestellt werden, inwieweit Änderungswünsche und Vorschläge der Ortsbeiräte übernommen wurden.

Stadtverordnete Koch, Fraktion B90/Grüne, begründet den Antrag.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, FDP+FW+Piraten
Ablehnung: CDU
Enthaltung: AfD, Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst betr. KVG-Netzreform - Fahrplananpassungen der KVG zum Fahrplanwechsel Dezember 2018, 101.18.1183, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Nölke

11. Verkehrswende aus kommunaler Sicht
Gemeinsame Anfrage der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst
- 101.18.1184 -

Abgesetzt

12. Sanierung Herkules-Wartburg-Radweg
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.18.1191 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, mit der MHK in Gespräche einzutreten mit dem Ziel, den Herkules-Wartburg-Radweg im Bereich Kaskadenwirtschaft bis Herkules zu sanieren.

Stadtverordneter Kieselbach, CDU-Fraktion, begründet den Antrag.

Nach Aussprache zieht Stadtverordneter Kieselbach, CDU-Fraktion, den Antrag für die Antrag stellende Fraktion zurück.

Der Antrag wurde von dem Stadtverordneten Kieselbach, CDU-Fraktion, für die Antrag stellende Fraktion zurückgezogen.

13. Zielkostenmanagement bei öffentlichen Bauprojekten
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.18.1192 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, einen Maßnahmenkatalog zur Optimierung der Planung, Vorbereitung, Organisation und Ausführung bei städtischen Bauprojekten mit dem Ziel größtmöglicher Kostensicherheit bei der Projektabwicklung zu erarbeiten. Auf Grundlage einer konsequenten Anwendung bauvertraglich zulässiger Regelungen mit Auftragnehmern - wie z. B. Kostenvorgaben als Beschaffenheitsvereinbarungen - und Sicherstellung größtmöglicher Eingriffsmöglichkeiten im Abweichungsfall wird zukünftig durch stringente Überwachung die Einhaltung von klar definierten Kostenvorgaben gesteuert. Bei auftretenden Kostensteigerungen ist regelhaft eine Problemanalyse und Ursachenkategorisierung sowie die klare Benennung der Verantwortlichkeiten vorzunehmen. Über das Ergebnis ist im Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr zu berichten.

Stadtverordneter Kieselbach, CDU-Fraktion, begründet den Antrag.

Stadtbaurat Nolda beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei
Zustimmung: CDU, AfD
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP+FW+Piraten
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der CDU-Fraktion betr. Zielkostenmanagement bei öffentlichen Bauprojekten, 101.18.1192, wird **abgelehnt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Bürger

14. Baugenehmigungen
Anfrage der Fraktion FDP+ Freie Wähler + Piraten
- 101.18.1193 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele Baugenehmigungen werden pro Jahr beantragt, aufgeschlüsselt seit 2012?
2. Innerhalb welcher Zeit erhält ein Antragsteller erstmals eine Antwort bzw. eine Stellungnahme von der Verwaltung?
3. Wie lange dauert es in der Regel, bis ein Antrag genehmigt wird?
4. Wie viele Anträge wurden seit 2012 abgelehnt und warum?
5. Wie viele Klagen gab es gegen
   - erteilte Baugenehmigungen
   - gegen die Ablehnung von Baugenehmigungen
   - und wie viele Klagen waren erfolgreich und welche Kosten sind dadurch entstanden?

Um schriftliche Antwort wird gebeten.

Stadtbaurat Nolda beantwortet die Fragen aus der Anfrage und beantwortet im Anschluss die Fragen der Ausschussmitglieder. Die schriftliche Beantwortung wird der Niederschrift beigefügt.

Nach Beantwortung durch Stadtbaurat Nolda erklärt Vorsitzender Kalb die Anfrage für erledigt.

15. Günstiger Wohnraum und städtebauliche Qualität sichern
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.18.1211 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Für die Bebauung der Fläche des ehemaligen Versorgungsamts in der Frankfurter Straße wird ein städtebaulicher Wettbewerb mit der Nassauischen Heimstätte vereinbart.
Ziele sind
- die Schaffung von mindestens 50% dauerhaft günstigem Wohnraum
- eine Bebauung, die soziale Mischung ermöglicht

- die Konzeption von Gemeinschaftsräumen zur Verlagerung von Funktionen von Gästezimmern, Arbeits- und Feierräumen aus Wohnungen
- Mobilitätslösung zur Vermeidung von überteuerten Parkplätzen in einer Tiefgarage
- Integration von Einzelhandel und gewerblichen Räumen in das Erdgeschoss zur Frankfurter Straße
- qualitativ hochwertige Freiraumgestaltung mit offenem Übergang zur benachbarten Wohnstadtsiedlung

Stadtverordnete Bock, Fraktion Kasseler Linke, begründet den Antrag.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, AfD, FDP+FW+Piraten
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. günstiger Wohnraum und städtebauliche Qualität sichern, 101.18.1211, wird **abgelehnt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Kieselbach

16. Fakten zum Radentscheid Kassel
Anfrage der Fraktion Kasseler Linke
- 101.18.1212 -

Abgesetzt

17. Fernbusbahnhof
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst
- 101.18.1218 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, in der nächsten Ausschusssitzung über den aktuellen Stand der Planungen zum Fernbusbahnhof im Kasseler Osten zu berichten.

Stadtverordnete Koch, Fraktion B90/Grüne, begründet den Antrag.

Die weiteren Nachfragen der Ausschussmitglieder werden von Stadtbaurat Nolda beantwortet.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst betr. Fernbusbahnhof, 101.18.1218, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Koch

Ende der Sitzung: 18.50 Uhr

Dominique Kalb
Vorsitzender

Sabine John
Schriftführerin

Kassel, 20. Februar 2019

Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr

Anfrage zur direkten Überweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr
Vorlage Nr. 101.18.1166 - Grundstücksverkäufe Langes Feld

10. Frage:

Für wann ist die Erschließung des dritten Bauabschnitts vorgesehen?

Antwort:
Derzeit wird die Entwässerung geplant. Der Baubeginn zur Erschließung des 3. Bauabschnittes (BA) hängt vom Verkauf der Gewerbeflächen des 1. und 2. BA ab. Nachdem die Arbeiten zur Erschließung des 1. BA Ende 2016 abgeschlossen wurden, werden in den Jahren 2019/2020 im 2. BA die Versorgungsleitungen eingebaut sowie die Straßen hergestellt. Ab Anfang 2021 sollen dann die Flächen für die Investoren zur Verfügung stehen. Die Arbeiten zur Erschließung des 3. BA sollen voraussichtlich in den Jahren 2024/2025 durchgeführt werden. Die Fertigstellung der Erschließung des 3. Bauabschnittes ist für 2025 vorgesehen (voraussichtlicher Baubeginn von Hochbaumaßnahmen ggfs. ab 2025/2026).

11. Frage:

Wann und wie ist mit der Erschließung durch den öffentlichen Nahverkehr zu rechnen?

Antwort:
Eine Anbindung des Gewerbeparks an den ÖPNV ist ab dem Fahrplanwechsel 2019/2020 vorgesehen. Entsprechende Abstimmungen mit der KVG laufen bereits.

Stadt Kassel - Magistrat
Dezernat III
Eing. 20. FEB. 2019

Dezernat Stadtentwicklung,
Bauen und Umwelt

Kassel, 19.02.2019
Herr Dehmer
Tel. 80 28

Dezernat VI
Eing. 19. Feb. 2019
Anl. .....

- VI -

Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr am 20. Februar 2019
Anfrage der CDU-Fraktion „Machbarkeitsstudien 2014 - 2018"
Vorlage Nr. 101.18.1170

Anfrage:

„Wir fragen den Magistrat:

1. Welche Konzepte bzw. Machbarkeitsstudien hat der Magistrat im Zeitraum 2014 – 2018 in Auftrag gegeben?
2. Wie hoch sind die Kosten hierfür gewesen?
3. Was wurde von den Ergebnissen umgesetzt bzw. realisiert?"

Zu den gestellten Fragen werden die Stellungnahmen vom Amt für Stadtplanung, Bauaufsicht und Denkmalschutz, Amt für Hochbau und Gebäudebewirtschaftung, Straßenverkehrs- und Tiefbauamt sowie Umwelt- und Gartenamt wie folgt zusammengefasst:

Stellungnahme:

Siehe Tabelle in der Anlage

Im Auftrag

Dehmer

Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr am 20. Februar 2019
Anfrage der CDU-Fraktion "Machbarkeitsstudien 2014 - 2018", Vorlage Nr. 101.18.1170
Anlage zur Stellungnahme vom 19.02.2019

Amt*)	Jahr	Bezeichnung	Betrag (€)	Realisierung
-63-	2014	Machbarkeitsstudie Rothenditmold Wolfhager Str. 170	4.655,17 **)	erfolgt; B-Plan wird erstellt
-63-	2014	Entwicklung Ortsrand Nordshausen	31.237,50	erfolgt; B-Plan wird erstellt
-63-	2015	Optimierung Reisebusverkehr Bergpark Wilhelmshöhe	3.808,00	erfolgt
-63-	2015	Klimagerechtes Flächenmanagement	44.476,49	erfolgt; Berücksichtigung in B-Plänen u. Konzepten
-63-	2015	Ingenieurleistung Vorbereitung Geothermische Standorterkundung "Zum Feldlager"	10.174,50	erfolgt
-63-	2015	Gutachten Energiekonzept "Zum Feldlager"	5.355,00	erfolgt
-63-	2015	Optimierung Reisebusverkehr Phase 2 mittelfristige Maßnahmen Bergpark Wilhelmshöhe	4.165,00	erfolgt
-63-	2015	Ortskernstudie Nordshausen	7.075,26 **)	erfolgt; Berücksichtigung im B-Planverfahren
-63-	2015	Wärmeversorgungskonzept "Zum Feldlager"	58.000,00	erfolgt
-63-	2015	Kostenbeteiligung Gutachten Lidl-Standorte	1.000,00	erfolgt; Berücksichtigung im B-Planverfahren
-63-	2016	Klimaschutzteilkonzept	80.295,25 **)	erfolgt; Berücksichtigung in B-Plänen u. Konzepten
-63-	2016	Städtebauliches Entwicklungskonzept Wesertor	44.744,00 **)	B-Plan in Aufstellung inkl. Veränderungssperre
-63-	2016	Kurzgutachten Reptilien B-Plan VIII/15 Im Feldbach	3.350,33	erfolgt
-63-	2016	ISEK Wehlheiden	75.893,94	erfolgt; Grundlage für Förderanträge
-63-	2016	Machbarkeitsstudie Flächen-/Nutzungspotential im kulturellen/kreativen Bereich; Soziale Stadt Rothenditmold	9.996,00 **)	läuft noch
-63-	2017	Maßnahmenplanung und -vorschläge zum Erhalt von Reptilien	833,00	erfolgt; Berücksichtigung im B-Planverfahren
-63-	2017	Kurzbewertung der geplanten Aldi-Ansiedlung Knorrstraße	1.904,00	erfolgt; Grundlage für Argumentation Verwaltungsstreitverf.
-63-	2017	Ergänzungsauftrag zur geplanten Aldi-Ansiedlung Knorrstraße	2.618,00	erfolgt; Grundlage für Argumentation Verwaltungsstreitverf.
-63-	2017	Gerichtsfeste Auswirkungsanalyse REWE-Ansiedlung Holl. Str. 228	5.831,00	erfolgt; Grundlage für Verhinderung Rechtsstreit
-63-	2017	Landschafts- und Nutzungskonzept "Stadt am Fluss"	33.981,40	erfolgt
-63-	2017	Bauland-Offensive Hessen Standortentwicklung Jägerkaserne	8.900,00	läuft noch

Amt*)	Jahr	Bezeichnung	Betrag (€)	Realisierung
-63-	2018	Städtebaulicher Rahmenplan nördliche Unterneustadt, Flutmulde, Ölmühlenweg und Yorckstraße	111.122,20 **)	läuft noch
-63-	2018	Mobilitätskonzept Vorderer Westen inkl. Jugendbeteiligung	71.853,63 **)	läuft noch
-63-	2018	Kommunikationskonzept Kasseler Osten	11.870,25 **)	läuft noch
-63-	2018	Städtebauliches Konzept Wolfhager Str./ Maybachstr./ Bahngleise DB	5.747,70	läuft noch
-63-	2018	Expertise historische Entwicklung Brüder-Grimm-Platz	8.751,00	läuft noch
-63-	2018	Kostenschätzung von Varianten Fernbusbahnhof	11.300,24	läuft noch
-63-	2018	Konzeptstudie zur Stadtteilentwicklung Philippinenhof-Warteberg	4.404,71	läuft noch
-65-	2016	Drei-Felder-Sporthalle am Auestadion	15.000,00	Neubau befindet sich in Realisierung
-66-	2014	Einziehung öffentlich gewidmete Stellplätze am Renthof	1.874,25	erfolgt
-66-	2014	Standortuntersuchung Fernbusbhf.	86.394,00	beabsichtigt
-66-	2016	Klimaschutzteilkonzept Radverkehr	132.625,50	beabsichtigt
-66-	2016	Nachtrag Radkonzept	6.631,28	beabsichtigt
-66-	2016	Anforderungskatalog Fernbusbahnhof	11.778,03	beabsichtigt
-66-	2016	Ingenieurleistungen LSA Karl-Marx-Platz	5.978,56	beabsichtigt
-66-	2017	Machbarkeit zur Reaktivierung der Waldkappeler Bahn, Kostenbeteiligung NVV	15.000,00	beabsichtigt
-66-	2018	Machbarkeitsstudie Königinhofstraße	20.049,12	beabsichtigt
-66-	2018	Workshops zur Stellplatzsatzung	7.611,24	beabsichtigt
-66-	2018	Nachtrag Stellplatzsatzung	1.011,50	beabsichtigt
-66-	2018	Anteil SRV beim ZRK Verkehrsbefragung	44.349,50	erfolgt
-66-	2018	Verknüpfung Motivräume Grimms Märchen	5.562,06	beabsichtigt
-66-	2018	Mobilitätskonzept Vorderer Westen	64.185,63	beabsichtigt
-66-	2018	Kinder- und Jugendbeteiligung Mobilitätskonzept Vorderer Westen	5.050,00	erfolgt
-66-	2018	Masterplan Luft	191.429,11	beabsichtigt
-67-	2015	Bodenschutzkonzept	3.807,00	1. Workshop
-67-	2015f	Klimaschutzteilkonzept Anpassung an den Klimawandel	80.000,00 **)	Aktualisierung Klima-funktionskarte, Schulung Verwaltung, Flyer
-67-	2017	Einbau RC-Material - Fallstudie Waldau	7.997,00	
-67-	2017	Fachbeitrag Energie Neubaugebiete Nordshausen	22.748,00	Verwendung der Erkenntnisse in der Bauleitplanung
-67-	2017f	Energetisches Quartierskonzept Ortskern Bettenhausen	99.546,00 **)	Konzept wurde nicht umgesetzt
-67-	2017f	Spielflächenbedarfsplan	45.000,00	Konzept noch nicht fertiggestellt
-67-	2017f	Landschafts- und Nutzungskonzept Fuldakonzept	78.000,00	Konzept noch nicht fertiggestellt
-67-	2018	Altablagerung Dönche	10.572,00	Untersuchungskonzept

Amt*)	Jahr	Bezeichnung	Betrag (€)	Realisierung
-67-	2018f	Energiekonzept Energieffizientes Umwelt- und Gartenamt	59.550,00 **)	Konzept noch nicht fertiggestellt
		Summe:	1.685.093,35	

Amt*)

-63- Amt für Stadtplanung, Bauaufsicht und Denkmalschutz

-65- Amt für Hochbau und Gebäudebewirtschaftung

-66- Straßenverkehrs- und Tiefbauamt

-67- Umwelt- und Gartenamt

**) geförderte Maßnahme - angegeben sind die Gesamtkosten

- 63 -
933

Kassel, 15. Februar 2019
Herr Mohr
☎ 7056

DE

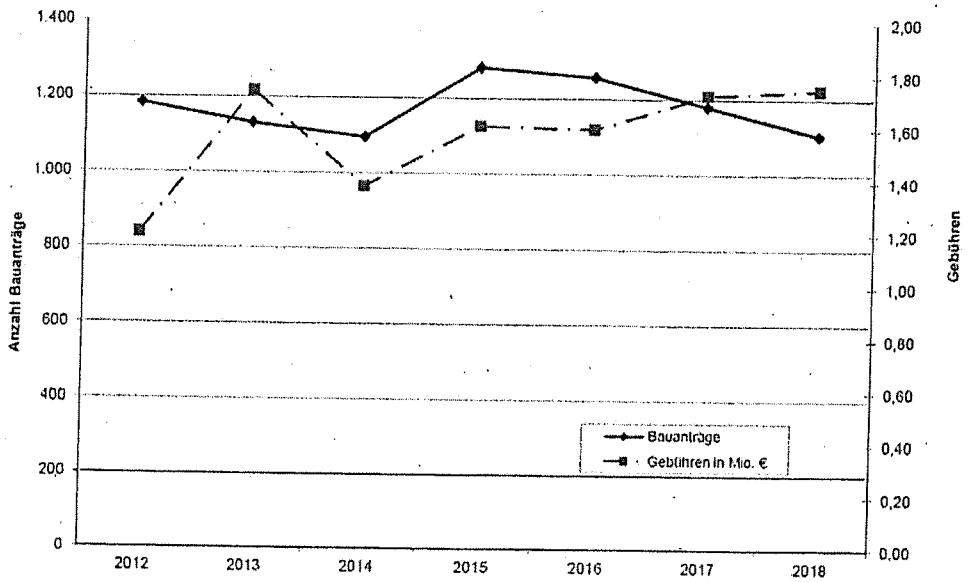
- VI -

Dezernat VI
Eing.: 19. Feb. 2019
Anl. .....

Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr
Vorlage Nr. 101.18.1193

„Baugenehmigungen"

1. Wie viele Baugenehmigungen werden pro Jahr beantragt, aufgeschlüsselt sein 2012?



Jahr	Zahl der Bauanträge	Gebühren in Mio. €
2012	1.184	1,20
2013	1.132	1,74
2014	1.097	1,38
2015	1.282	1,61
2016	1.258	1,60
2017	1.181	1,73
2018	1.106	1,75

2. Innerhalb welcher Zeit erhält ein Antragsteller erstmals eine Antwort bzw. eine Stellungnahme von der Verwaltung?

In der Regel erhält der Antragsteller nach 3 Tagen eine Eingangsbestätigung. Bei Verfahren nach § 63 und § 64 der Hessischen Bauordnung ergeht keine Eingangsbestätigung da diese Verfahren ohnehin innerhalb von 2 bzw. 4 Wochen abgeschlossen werden.

3. Wie lange dauert es in der Regel, bis ein Antrag genehmigt wird?

Dies ist höchst einzelfallabhängig. Die Dauer ist auch von diversen Faktoren abhängig, auf die die Bauaufsicht teilweise keinen bzw. nur eingeschränkten Einfluss hat (z.B. fehlende und mangelhafte Bauvorlagen, Mitwirkung anderer interner und externer Beteiligter, Aussetzen der Bearbeitung durch Antragsteller, usw.).
Im Vereinfachten Genehmigungsverfahren (§ 65 HBO) besteht eine vorgegebene maximale Bearbeitungszeit von 3 Monaten. Bei vollständigen Unterlagen erhält also jeder Antragsteller seinen Bescheid nach max. 3 Monaten. Bei komplizierten Sonderbauten (§ 66 HBO) können Genehmigungsverfahren allerdings deutlich länger dauern.

4. Wie viele Anträge wurden seit 2012 abgelehnt und warum?

Jahr	Versagung Bauanträge	Rückgaben Bauanträge
2012	32	18
2013	22	17
2014	61	24
2015	86	20
2016	64	24
2017	73	23
2018	40	17

Eine Auswertung der einzelnen Versagungsgründe ist nicht realisierbar. Grundsätzlich besteht ein Rechtsanspruch auf die Erteilung von Baugenehmigungen, sofern das Bauvorhaben das einschlägige öffentliche Recht einhält.

5. Wie viele Klagen gab es gegen –erteilte Baugenehmigungen/gegen die Ablehnung von Baugenehmigungen/und wie viele Klagen waren erfolgreich und welche Kosten sind dadurch entstanden?

Jahr	Klagen (und gerichtliche Anträge) gegen erteilte Baugenehmigungen	Klagen (und gerichtliche Anträge) gegen Versagungen von Baugenehmigungen	Anzahl erfolgreicher Klagen	Vergleiche
2012	3	8	0	2
2013	3	1	0	0
2014	6	4	0	3
2015	7	7	1	2
2016	5	1	0	0
2017	6	2	0	0
2018	5	0	1	0

Die in den Jahren 2012 bis 2018 bisher verausgabten Kosten (Gerichts- und Anwaltskosten) bei Klagen gegen erteilte Baugenehmigungen und gegen abgelehnte Baugenehmigungen betragen insgesamt unter 10.000 €. Dabei handelt es sich wegen der jeweiligen Verfahrensdauer teilweise auch um Kosten aus Verfahren, die vor dem Jahr 2012 gerichtsanhängig wurden. Die Dauer der gerichtlichen Verfahren führt gleichermaßen auch dazu, dass in aktuell gerichtsanhängigen Fällen noch keine abschließenden Kosten beziffert werden können. Letztlich stellt der angegebene Kostenbetrag daher eine Orientierungsgröße dar.

Mohr